

# Der BTW im BDI



Der BTW im BDI

© Foto: Gregor Schlaeger, Lufthansa Bildarchiv FRA CI/1

# Verbände-Erklärung zur Verkehrsinfrastruktur

Im September 2010 haben der BTW und zahlreiche weitere Verbände der Verkehrswirtschaft eine vom BDI koordinierte gemeinsame Erklärung zur Verkehrsinfrastruktur veröffentlicht.

Die Unterzeichner forderten die Politik dazu auf, der volkswirtschaftlichen Bedeutung von Investitionen in eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur im politischen Handeln stärker als bisher Rechnung zu tragen. Die Hauptforderungen lauteten dabei „Investitionen sichern, Effizienz verbessern und Wachstum stärken“.

Unterzeichner der Erklärung sind neben dem BTW als Vertreter der Tourismuswirtschaft der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), der Deutsche Industri- und Handelskammertag (DIHK), das Deutsche Verkehrsforum, die Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen (ADV), die Deutsche Bahn AG und sieben weitere Verbände. Damit ist es erstmals gelungen, dass verkehrsträgerübergreifend zentrale Repräsentanten der deutschen Verkehrswirtschaft, der produzierenden und verladenden Wirtschaft eine gemeinsame Erklärung abgegeben haben.

## **Verkehrsinfrastruktur: Investitionen sichern, Effizienz verbessern, Wachstum stärken**

Wir, die zentralen Repräsentanten der Verkehrswirtschaft, der produzierenden und verladenden Wirtschaft, sind gemeinsam in Sorge um die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland. Die Basis für den Wohlstand droht Schaden zu nehmen. Schon heute zeigen sich die Folgen der Unterfinanzierung: Deutschland lebt zunehmend von der Substanz. Deshalb sind wir – verkehrsträgerübergreifend – überzeugt von einer Doppelstrategie. Wir appellieren an die Politik: Investitionen sichern und die Effizienz des Mitteleinsatzes verbessern. Darauf kommt es an:

1. Investitionen in die Verkehrsinfrastruktur müssen höchste Priorität haben. Denn es sind Zukunftsinvestitionen: für Wachstum, Beschäftigung, Klimaschutz und Lebensqualität von morgen.
2. Deutschland braucht bedarfsgerechte Verkehrsinvestitionen. Der Bedarf für die Verkehrswege des Bundes liegt bei mindestens 12 Milliarden Euro p. a. Das muss mittelfristig der Maßstab sein für nachhaltiges Konsolidieren und wachstumsorientiertes Investieren.

3. Investitionsmittel müssen berechenbar und verlässlich sein. Sie dürfen sich nicht nach der jährlichen Kassenlage öffentlicher Haushalte richten.
4. Die Einnahmen aus der Lkw-Maut sind unmittelbar der VIFG zuzuweisen und in voller Höhe für zusätzliche Investitionen einzusetzen. Stabile Finanzierungs-kreisläufe, in denen Nutzerentgelte zweckgebunden für Infrastrukturinvestitionen verwendet werden und nicht dazu dienen, Defizite des allgemeinen Haushalts auszugleichen, sind stufenweise herzustellen.
5. Mobilität muss bezahlbar bleiben. Es darf keine weiteren staatlich administrierten monetären Belastungen von Mobilität geben.
6. Die knappen Mittel sind dringend effizienter einzusetzen: Prioritäten festlegen, Engpässe beseitigen, Verantwortung klarer zuordnen, Öffentlich-Private Partnerschaften besser nutzen, Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen, intelligente Verkehrssysteme realisieren. Es bedarf mehr Transparenz über den Zustand der Verkehrsinfrastruktur – auch um deren Wert für die Bürgerinnen und Bürger noch sichtbarer zu machen.

Wir bekennen uns zur gemeinsamen Verantwortung für eine nachhaltige Mobilität: Ressourcen schonend, effizient, intermodal, sicher und bezahlbar. Dafür bildet eine leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur die unverzichtbare Basis. Wir bieten der Politik unsere Unterstützung und Zusammenarbeit an. Wir freuen uns auf den Dialog.

**Bundesverband der Deutschen Industrie e. V.**  
**Deutscher Industrie- und Handelskammertag e. V.**  
**Deutsches Verkehrsforum e. V.**  
**Arbeitsgemeinschaft Deutscher Verkehrsflughäfen e. V.**  
**Bundesverband der Deutschen Binnenschifffahrt e. V.**  
**Bundesverband der Deutschen Tourismuswirtschaft e. V.**  
**Bundesverband Öffentlicher Binnenhäfen e. V.**  
**Deutsche Bahn AG**  
**Hauptverband der Deutschen Bauindustrie e. V.**  
**Pro Mobilität – Initiative für Verkehrsinfrastruktur e. V.**  
**Verband der Automobilindustrie e. V.**  
**Verband der Bahnindustrie in Deutschland e. V.**  
**Zentralverband der Deutschen Seehafenbetriebe e. V.**

## Aktive Einbindung in Gremien und Positionspapiere



© anweber – Fotolia.com

Neben der Einbindung des BTW und seiner Mitglieder in die Gremienarbeit des BDI hatte der BTW auch wieder bei zahlreichen weiteren Themen und Initiativen des BDI die Möglichkeit, die Positionen und Argumente der Tourismuswirtschaft einfließen zu lassen. Dazu gehörten unter anderem

- Stellungnahme zum Berichtsentwurf des Berichterstatters für die Verbraucherrechtlichrichtlinie im EU-Parlament
- BDI-Forderungskatalog „Die Koalition bei den Themen Bürokratieabbau und Genehmigungsverfahren beim Wort nehmen“, mit dem der Bundesregierung Vorschläge zu den im Koalitionsverfahren genannten Themen Bürokratieabbau und Genehmigungsverfahren (u. a. hinsichtlich des Bundesimmissionsschutzgesetzes, der Bundesimmissionsschutzverordnungen/TA Luft, des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung und des Bundesnaturschutzgesetzes) gemacht wurden
- Faltblatt „Einladungen im geschäftlichen Verkehr“, das die Bedeutung von „Hospitality-Maßnahmen“ im Bereich des Sport- und Kultursponsorings unterstreichen und zugleich Leitlinien für eine verantwortungsvolle Einladungs-



- praxis geben soll, die weder den Wettbewerb noch die ordnungsgemäße Funktionsfähigkeit der Verwaltung beeinträchtigen.
- EU-Konsultation über die künftige Politik für das Transeuropäische Verkehrsnetz (TEN-T), die der präziseren Ausgestaltung der verfügbaren Strategieoptionen zum TEN-T-Netz dienen sollte
  - Gesetzentwurf eines Jahressteuergesetzes 2010
  - Stellungnahme zum Evaluationsbericht der Bundesregierung in Bezug auf das Verbraucherinformationsgesetz
  - Stellungnahme zum Referentenentwurf für eine Verordnung zur Änderung steuerlicher Verordnungen
  - Konsultation zum Grünbuch zum Europäischen Vertragsrecht (in dem verschiedene Optionen für die Einführung eines Vertragsrechts für Verbraucher und Unternehmen vorgeschlagen wurden), mit der zentralen Frage, welches einfach anzuwendende europäische Vertragsrechtsinstrument am besten geeignet wäre, bestehende Lücken im Vertragsrecht zu schließen
  - Stellungnahme zur Regelung des Beschäftigtendatenschutzes

# Beiträge zum BDI Konjunktur-Report

Im Konjunktur-Report des BDI war der BTW 2010 ebenfalls wieder mit Beiträgen zu den wichtigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in der Tourismuswirtschaft vertreten.

**BDI KONJUNKTUR-REPORT**  
Ausgabe 04 | 21.10.2010

BDI  
Bundesverband der  
Deutschen Industrie e.V.

Sollte der Newsletter nicht korrekt angezeigt werden, klicken Sie bitte [hier](#). [Druckversion](#)

### Kräftige Aufwärtsbewegung nach historischem Einbruch

Die deutsche Wirtschaft arbeitet sich mit beachtlichem Tempo und großer Stärke aus der Krise heraus. Nicht nur die Entwicklung ist das exportorientierte Verarbeitende Gewerbe, das von dem nach wie vor günstigen Klima der Weltwirtschaft profitiert. Die Rückwirkung auf die Binnennachfrage ist nicht ausgeblieben: Zunehmend werden auslaufende Konjunkturprogramme von einer anziehenden privatwirtschaftlichen Nachfrage auch der private Konsum leistet positive Wirkung. Der Konsum ist ungewöhnlich robust dargestellt. Vorzeichen für die deutsche Wirtschaft ein Weg hervorsteht. Selbst im unwahrscheinlicher das diesjährige BIP um 2,8 Prozent gegenüber Berücksichtigung der vorliegenden Konjunktur von etwa 3,5 Prozent für wahrscheinlich.

Auch wenn sich gegenwärtig eine verlangsamte Entwicklung in einem Jahr wäre ein derartiges Szenario ebenfalls für die Risiken des Aufschwungs. Wirtschaftsschwäche in der USA, Finanz auf der wirtschaftlichen Entwicklung, sind auf eine abgeschwächte Erholung ist damit die Abdriften in eine Rezession.

### Weltwirtschaft

Weitere Expansion bei geringem Tempo

Schwächerländer weiter stark, USA und Eurozone mit Schwächen

### Konjunktur

Konsum positiv, Exporte

Exportert Binnenwirtschaft

### Tourismuswirtschaft

Trotz Aschewolke, Luftverkehrsteuer und Mehrwertsteuerdebatte ist das Stimmungsbild in der deutschen Tourismuswirtschaft dank der konjunkturellen Erholung und nach wie vor stabilen Lage auf dem Arbeitsmarkt robust. In den ersten acht Monaten des Jahres stieg die Zahl der Passagiere an den deutschen Flughäfen um 3,3 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum. Die Übernachtungszahlen in Deutschland legten um drei Prozent zu, insbesondere die Übernachtungen ausländischer Gäste und in Großstädten zogen an. Ausländische Touristen gaben in Deutschland im zweiten Quartal mit 6,9 Milliarden Euro rund drei Prozent mehr aus als im Vorjahr. Die Ausgaben der Deutschen im Ausland stiegen im gleichen Zeitraum um 1,3 Prozent. Auch der Geschäftsreisemarkt kommt langsam wieder in Schwung. Laut einer Umfrage des Geschäftsreiserverbandes VDR erwarten etwa doppelt so viele Befragte 2010 ein steigendes Geschäftsvolumen wie vor einem Jahr. Nur jede zehnte Firma plant weniger Geschäftsreisen. Das alles darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass die Zahlen auf dem niedrigen Niveau von 2009 aufsetzen. Und einige Bereiche, zum Beispiel die Gastronomiebetriebe, spüren nach wie vor eine deutliche Zurückhaltung der Gäste. Zudem ist die vorsichtige Erholung der Tourismuswirtschaft durch politische Entscheidungen wie die Luftverkehrssteuer gefährdet. Auch die in immer mehr Städten geplante „Bettensteuer“ schadet dem Privat- und Geschäftsreisestandort Deutschland.

[www.btw.de](http://www.btw.de)

Foto: Thet BDI-fotolia (Silver)